



LANDESRECHNUNGSHOF

Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin

Pressemitteilung

Schwerin, den 1. Oktober 2026

Landesrechnungshof fordert Kurswechsel für solide Finanzen

Mecklenburg-Vorpommern steht vor schwierigen finanzpolitischen Entscheidungen. Das geht aus einem heute in Schwerin veröffentlichten Grundsatzpapier des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern hervor. Die Präsidentin Dr. Martina Johannsen stellte nach Start der Sondierungsgespräche für eine mögliche Regierungskoalition klar, dass der finanzielle Rahmen für die kommenden fünf Jahre sehr eng gesteckt sei. Von 2028 bis 2030 zeichne sich eine Finanzierungslücke von insgesamt mehr als drei Milliarden Euro ab. Der Landesrechnungshof forderte daher den neuen Landtag und die neue Landesregierung auf, die Konsolidierung des Haushalts zum Schwerpunkt der kommenden Wahlperiode zu machen.

„Die finanziellen Spielräume werden enger. Wer dennoch politische Schwerpunkte setzen will, muss klar entscheiden, was Vorrang hat und was das Land sich dauerhaft leisten kann“, sagt Präsidentin Dr. Johannsen. Am Beginn der neuen Wahlperiode müsse ein öffentlicher Kassensturz stehen, um sämtliche Verpflichtungen und Risiken zu erfassen und zu zeigen, welche Mittel tatsächlich noch verfügbar seien. Nur auf dieser Grundlage könne der Landtag sein Budgetrecht wirksam ausüben.

Den Rahmen für die Ausgaben müssen die erwarteten Einnahmen vorgeben. Alle Aufgaben, vor allem aber freiwillige Leistungen und Förderprogramme seien auf Bedarf, Wirkung und Kosten zu prüfen. Die stetig steigenden Personalausgaben verlangten zudem ein ressortübergreifendes Konzept, wie dieser Ausgabenblock in den kommenden Jahren in den Griff zu bekommen sei. In der Planung von Personal, Einrichtungen und Standorten müsse sich viel stärker niederschlagen, dass die Bevölkerung altere und in vielen Regionen schrumpfe.

Einen Beitrag für ein umfassendes Konzept zur Neuausrichtung der Landesverwaltung müsse die Digitalisierung liefern. Diese könne die Verwaltung spürbar entlasten und

Dienstgebäude Schwerin

Mühlentwiete 4
19059 Schwerin

E-Mail: poststelle@lrh-mv.de

Telefon: 0385 7412-0

Fax: 0385 7412-100

Dienstgebäude Neubrandenburg

Besitzer Straße 11
17034 Neubrandenburg

gleichzeitig deren Leistungsfähigkeit steigern. „Die Prozesse in der Verwaltung müssen aber bereits vor der Digitalisierung kritisch überprüft werden“, sagte die Rechnungshofpräsidentin. Eine bloße Übertragung bestehender analoger Verfahren stelle dabei keine Lösung dar. Verwaltungsprozesse müssten von Beginn an digital gedacht werden, um einen spürbaren Effekt zu entfalten.

Bedenken hat Dr. Johannsen, wie die durch die Grundgesetzänderung neu geschaffene zusätzliche Kreditaufnahmemöglichkeit des Landes künftig genutzt werde. Diese dürfe nicht dazu dienen, dauerhaft steigende Konsumausgaben zu decken oder Haushaltslücken zu schließen. Dr. Johannsen betonte, zusätzliche Kredite lösten keine strukturellen Haushaltsprobleme. „Die Einnahmen aus Krediten sollten nur für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden, die dem Land dauerhaft nutzen und deren Folgekosten tragbar sind“, so Dr. Johannsen weiter.

Darüber hinaus sieht der Landesrechnungshof Handlungsbedarf bei den Kommunalfinanzen. Zwar habe sich die kommunale Finanzlage in Mecklenburg-Vorpommern durch steigende Defizite und Schuldenstände in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Aber auch die Kommunen müssten einen Beitrag leisten, indem sie beispielsweise eigene Einnahmemöglichkeiten ausschöpften und Konsolidierungsmöglichkeiten nutzten. „Land und Kommunen sollten Verteilungskämpfe vermeiden. Mehr Mittel für die eine Ebene führen automatisch zu weniger finanziellem Spielraum für die andere“, stellte die Präsidentin klar. Entscheidend sei, dass öffentliche Aufgaben insgesamt leistungsfähig und finanzierbar erfüllt würden. Daher sollten Land und Kommunen gemeinsam und ergebnisoffen prüfen, welche Aufgaben vor Ort, gemeinsam oder auf Landesebene am wirtschaftlichsten erfüllt werden können.

„Nur solide Finanzen eröffnen und sichern künftige politische Gestaltungsspielräume. Deshalb müssen Fachpolitik und Finanzpolitik bei jeder größeren Entscheidung unbedingt zusammen gedacht werden“, so die Rechnungshofpräsidentin abschließend.

Das Grundsatzpapier kann im Internet unter www.lrh-mv.de eingesehen und heruntergeladen werden.

